

03.12.2025
202a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Statement
von Bischof Dr. Bertram Meier (Augsburg),
Vorsitzender der Kommission Weltkirche
der Deutschen Bischofskonferenz,

bei der Vorstellung der Arbeitshilfe *Solidarität mit verfolgten und*
bedrängten Christen in unserer Zeit – Nigeria
in der Online-Pressekonferenz am 3. Dezember 2025

Nigeria ist seit Jahren ein instabiles und gewaltbelastetes Land. Aber die zurückliegenden Tage und Wochen haben die Spirale der Gewalt in dramatischer Weise beschleunigt. Besonders schockierend war die Entführung von 303 Schülern und zwölf Lehrkräften der katholischen St. Mary's School in Papiri im Bundesstaat Niger am 21. November. Erst vor wenigen Tagen wurde eine christliche Kirche angegriffen; der Pfarrer und Gläubige, die den Gottesdienst feierten, wurden entführt. Dies sind abscheuliche Verbrechen, die man aufs Schärfste verurteilen muss und für die keine Entschuldigungsgründe angeführt werden dürfen. Gerne schließe ich mich Papst Leo XIV. und dessen Aufruf vom 23. November an, für die entführten Brüder und Schwestern zu beten und „dafür, dass Kirchen und Schulen immer und überall Orte der Sicherheit und Hoffnung bleiben“.

Handeln die Täter aus religiöser Motivation? Oder sind andere Interessen im Spiel? Das ist bei den genannten und unzähligen anderen Taten oft nur schwer zu beurteilen. Denn ganz offenkundig greifen gerade in Nigeria, einem Land von vibrierender Religiosität, ethnische, politische, materielle und religiöse Faktoren allzu oft ineinander.

Das muss man bedenken, wenn man nach der Lage der Religionsfreiheit und insbesondere nach der Situation der Christinnen und Christen in Nigeria fragt. Eben dies geschieht in der Arbeitshilfe, die die Deutsche Bischofskonferenz heute veröffentlicht. Die Religionsfreiheit von Christen und ebenso aller Menschen erachten wir dabei als ein zentrales Menschenrecht. Dieses Menschenrecht ist alles andere als unangefochten. Weltweit gerät es zunehmend in Bedrängnis, sei es durch staatliche Beschränkungen, gesellschaftliche Ausgrenzung von religiösen Minderheiten oder politische Vereinnahmung. Nigeria ist also kein Ausnahmefall, aber es ist ein besonderer Fall.

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Dr. Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
x.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz
instagram.com/bischofskonferenz

Nigeria erlebt seit Langem religiös unruhige Zeiten. Schon 2014 erlangte die islamistische Terrorgruppe Boko Haram mit der Entführung von über 270 Schülerinnen in Chibok traurige Berühmtheit. Zwar konnte Boko Haram inzwischen zurückgedrängt werden, doch haben sich mit ISWAP (Islamic State West Africa Province) und Gruppen wie Lakurawa weitere islamistische Gruppen im Norden Nigerias breitgemacht, die die lokale Bevölkerung terrorisieren.

Der islamistische Terrorismus ist vor allem ein Problem im Norden des Landes. Er richtet sich gegen Christen, aber auch gegen Muslime, die der extremistischen Auslegung des Koran nicht folgen wollen. Im mehrheitlich muslimischen Norden haben zudem eine Reihe von Einzelstaaten die Scharia gesetzlich verankert und werden Christen diskriminiert, etwa wenn sie keine Erlaubnis zum Bau von Kirchen erhalten. Die schwierige Lage der Christen dort war für mich ein Hauptgrund, im Januar dieses Jahres mit einer kleinen Delegation nach Abuja, aber auch in die nördlich gelegenen Städte Kaduna und Jos zu reisen und mir ein Bild von der Lage zu machen.

Nigerias Probleme sind aber nicht auf den Norden begrenzt. Es gibt eine Reihe sozialer, politischer und ethnischer Konflikte, in die die Religion hineingezogen wird. Oft wird dann allzu holzschnittartig von „religiösen“ Konflikten gesprochen, auch wenn die primären Ursachen anderer Natur sind. Zu nennen sind hier vor allem die immer weiter eskalierenden Spannungen zwischen den mehrheitlich muslimischen Hirten der Ethnie der Fulani und den zum Großteil christlichen Bauern, vor allem im sogenannten Middle Belt. Hinzu kommen schlechte und oft korrupte Regierungsführung sowie eine schwere Wirtschaftskrise, die immer mehr Menschen in die Armut treibt und sie so empfänglicher für Radikalisierung und Gewalt macht. So haben auch Entführungen als schnelle Geldquelle landesweit zugenommen, begangen von Islamisten wie von nichtreligiösen Banden. Angesichts dieser Gemengelage liegen Sicherheit und Hoffnung für viele Menschen in Nigeria heute in weiter Ferne, viele von ihnen leiden unter Traumata und anderen psychischen Belastungen aufgrund der Gewalterfahrungen.

So drängt sich die Frage auf, wie diese mannigfachen Probleme überhaupt gelöst werden können. Ich möchte hier deutlich sagen: Die nigerianische Regierung ist an erster Stelle gefordert. Angesichts der erschütternden Ereignisse der zurückliegenden Wochen scheint sie nun endlich aktiv werden zu wollen. Das ist zu begrüßen. Aber wenn das bevölkerungsreichste und spannungsgeladene Land nicht in eine Großkrise hineinschlittern soll, ist entschiedenes Handeln auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Respekt für alle Religionen dauerhaft geboten. Auch die internationale Gemeinschaft war in den zurückliegenden Jahren zu wenig aktiv. Und ich wünsche mir, dass auch Deutschland seine Anstrengungen zur Stabilisierung Nigerias verstärkt; dies setzt – so muss man vor dem Hintergrund außenpolitischer Debatten hierzulande hinzufügen – auch ein erneuertes Verständnis für die Bedeutung von Religion voraus. Ein breites internationales Engagement kann dann auch dazu beitragen, dass

offenkundig nicht tragbare Vorstöße wie der des US-Präsidenten Trump, der jüngst den islamistischen Terroristen mit amerikanischem Raketenbeschuss drohte, nicht die globale Debatte bestimmen.

Und die Religionen in Nigeria – was können sie dazu beitragen, das Land aus der Krise herauszuführen? Immerhin habe ich einige ermutigende Erfahrungen während meiner Reise im Januar machen können. Auf nationaler Ebene etwa versucht der Nigeria Inter-Religious Council (NIREC), dem muslimische und christliche Religionsführer angehören, den interreligiösen Dialog und das friedliche Miteinander zu fördern. Aber auch auf der Graswurzelebene gibt es beispielgebende Aktivitäten. Eindrucksvoll war für mich der Besuch eines der Dörfer im Bundesstaat Plateau, die von den blutigen Angriffen während der Weihnachtstage 2023 betroffen waren. Dort haben sich Bewohner, sowohl Muslime als auch Christen, zu einer Initiative zusammengeschlossen, um das friedliche Miteinander nach den Gewalttaten wieder zu ermöglichen und zu stärken. Ihr Beitrag zum interreligiösen Dialog ist nicht akademischer Art, sondern sie praktizieren einen „Dialog des Lebens“, der im Alltag verwurzelt ist. Von dieser dörflichen Ebene aus beginnt die Verständigung zwischen den Religionen zu wachsen. Solche und ähnliche Projekte, die an vielen Orten in Nigeria entstanden sind, sind in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Sie sind Hoffnungszeichen in einer bedrohlichen Zeit.